

# Inhaltsübersicht

<b>Einleitung</b> .....	1
<b>1. Teil: Grundlagen der Untersuchung</b> .....	5
Kapitel 1: Betriebswirtschaftliche Rahmenbedingungen .....	5
Kapitel 2: Problemlösungsstrategien .....	13
Kapitel 3: Rechtstechnische Einordnung einer Sparkassenfusion .....	26
<b>2. Teil: Ablauf und Voraussetzungen einer freiwilligen Sparkassen- fusion</b> .....	53
Kapitel 1: Planungs- und Prüfungsphase .....	54
Kapitel 2: Verhandlungsphase .....	114
Kapitel 3: Umsetzungsphase .....	290
Kapitel 4: Rechtsfolgen des Zusammenschlusses .....	345
<b>3. Teil: Zwangsweise Vereinigung von Sparkassen</b> .....	361
Kapitel 1: Überblick über die Fusionskonstellationen .....	361
Kapitel 2: Sparkassenauflösung und Vorrang der Sparkassenfusion .....	365

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Vorwort des Verfassers .....	VII
Inhaltsübersicht .....	IX
Abkürzungsverzeichnis .....	XXI
<b>Einleitung</b> .....	1
A. Das Untersuchungsinteresse .....	1
B. Gang der Untersuchung .....	3
<b>1. Teil: Grundlagen der Untersuchung</b> .....	5
<i>Kapitel 1: Betriebswirtschaftliche Rahmenbedingungen</i> .....	5
A. Technologischer Fortschritt als Ausgangspunkt .....	7
B. Verändertes Kundenverhalten .....	8
C. Markteintritt neuer Wettbewerber .....	9
D. Zunehmende Bankenregulierung .....	11
<i>Kapitel 2: Problemlösungsstrategien</i> .....	13
A. Die Fusion als Strategie zur Erzielung von Fusionseffekten .....	13
I. Kostensynergien .....	14
II. Ertragssynergien .....	14
III. Ergebnisse empirischer Untersuchungen .....	16
B. Alternative Lösungsmodelle .....	16
I. Verbundlösungen .....	17
II. Stammkapitallösungen .....	19
III. Kooperationsmodelle .....	21
IV. Stille Beteiligungen und Genussrechte .....	23
V. Holding-Modelle .....	23
VI. Privatisierungen .....	25
<i>Kapitel 3: Rechtstechnische Einordnung einer Sparkassenfusion</i> .....	26
A. Wandel des Unternehmensverständnisses .....	26
B. Konsequenzen für das Verständnis einer Sparkassenfusion .....	29

C. Einordnung einer Sparkassenfusion .....	31
I. Keine Veräußerung anstelle einer Fusion .....	31
1. Zivilrechtliche Übertragbarkeit des Sparkassenvermögens .....	33
a. Theorie der öffentlich-rechtlichen Vermögensinhaberschaft ..	34
b. »Gemischt-rechtliche« Konzeption .....	34
2. Keine Wahlfreiheit zwischen Fusion und Veräußerung .....	36
II. Die Fusion als Rechtsvorgang .....	39
1. Die Verschmelzung als privatautonomer Organisationsakt .....	39
2. Sparkassenfusion als öffentlich-rechtlicher Organisationsakt .....	41
a. Übertragung der gesellschaftsrechtlichen Regelungstechnik ..	41
b. Sparkassenfusion als Verwaltungsorganisationsakt .....	43
aa. Zur Verstärkungsfunktion der öffentlichen Organisationsform .....	43
bb. Die Bedeutung des Sparkassenauftrags für die Einordnung .....	45
(1) Sparkassen als Träger materieller Verwaltungs- kompetenzen .....	46
(2) Sparkassenfusion als Folge einer Kompetenz- verlagerung .....	48
3. Keine Verabsolutierung der Unterschiede .....	50
<b>2. Teil: Ablauf und Voraussetzungen einer freiwilligen Sparkassenfusion .....</b>	<b>53</b>
<i>Kapitel 1: Planungs- und Prüfungsphase .....</i>	<i>54</i>
A. Voraussetzungen des Sparkassenrechts .....	54
I. Nachbarschaftslage der Sparkassen – 1. Stufe .....	55
II. Fusion im Kreisgebiet – 2. Stufe .....	58
III. Fusion bei wirtschaftlichen und nahen räumlichen Verbindungen – 3. Stufe .....	58
1. Konkretisierung der unbestimmten Rechtsbegriffe .....	59
a. Unbestimmte Rechtsbegriffe als Gesetzgebungstechnik .....	59
b. Die Frage der Konkretisierungsmacht .....	60
aa. Unzulässigkeit einer Ermessensentscheidung .....	61
bb. Keine volle Überprüfung der unbestimmten Rechts- begriffe .....	64

c.	Konkretisierungsansatz	68
aa.	Nahe räumliche Verbindung	69
bb.	Wirtschaftliche Verbindung	72
cc.	Zweckmäßigkeit	77
dd.	Keine Beschränkung auf bestimmte Ausnahmefälle	78
2.	Bisherige Anwendung der 3. Fusionsstufe	81
IV.	Sonderfälle	83
B.	Verfassungsrechtliche Vorgaben der Fusionspartnerwahl	84
I.	Grenzen der interkommunalen Zusammenarbeit im Sparkassenbereich	85
1.	Verfassungsrechtlicher Bewertungsmaßstab	86
2.	Abwägungsrichtlinien	88
3.	Rechtsfolgen eines Verstoßes	89
4.	Ergebnis und rechtspolitische Folgerungen	91
II.	Grenzen durch das Wahrnehmungsrecht der Kreise	92
1.	Kommunalpolitischer Hintergrund	93
2.	Rechtliche Bewertung	95
C.	Voraussetzungen des Bundesrechts	101
I.	Kartellrechtliche Fusionskontrolle	101
1.	Aufgreifkriterien	102
a.	Anwendbarkeit des GWB	102
b.	Schwellenwerte und Zusammenschlusstatbestand	103
2.	Eingreifkriterien	104
a.	Marktbeherrschungsprognose	104
aa.	Sachlich und räumlich relevanter Markt	105
bb.	Voraussetzungen der Marktbeherrschung	107
b.	Abwägungsklausel	109
3.	Kontrollverfahren	110
II.	Zur Anwendbarkeit des Vergaberechts	112
	<i>Kapitel 2: Verhandlungsphase</i>	114
A.	Überblick über die untersuchten Vertragsdokumente	114
B.	Die Fusionsverhandlungen	117

I. Allgemeines	117
1. Dogmatische Einordnung des öffentlich-rechtlichen Fusionsvertrags	117
a. Fusionsvertrag als Grundlagenvereinbarung einer Sparkassenfusion	117
b. Der umwandlungsrechtliche Verschmelzungsvertrag	120
c. Folgerungen für den öffentlich-rechtlichen Fusionsvertrag	121
2. Vertragsgestaltung im öffentlichen Recht	125
3. Allgemeine Fehlerfolgen	127
4. Fehlende Rechtsverbindlichkeit mancher Klauseln	128
II. Darstellung der Verhandlungsgegenstände	130
1. Anteilsermittlung als ein zentraler Verhandlungsgegenstand	131
a. Die »Anteile« am Zweckverband	132
b. Anteilsermittlung durch Unternehmensbewertung	136
aa. Zulässigkeit der Unternehmensbewertung	136
bb. Zulässigkeit bestimmter Bewertungsmethoden	140
(1) Spezialgesetzliche Einschränkungen	141
(2) Grundsätzliche Einschränkungen	142
cc. Datenschutz bei Unternehmensbewertungen	146
dd. Die Anteilsermittlung in der Praxis	148
(1) Die Funktion der beteiligten Berater	148
(2) Festgestellte Einflussgrößen	150
2. Auswahl der Trägerstruktur	150
a. Zweckverbandskonstellationen	153
b. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung	154
c. Der Kreis als Sparkassenträger	155
3. Auswahl der Fusionsform	156
a. Aufnahme	158
b. Neubildung	160
c. Wahl des Verschmelzungsstichtages	161
4. Verwaltungsrat	162
a. Bedeutung und Rechtsgrundlagen	162
b. Zweckverbandskonstellationen	163
aa. Rechtsverbindliche Vereinbarung	164
(1) Zur Vereinbarung von Anweisungsklauseln	164

(2) Keine Festlegung in der Zweckverbandssatzung . . . .	165
bb. Zahlenmäßige Zusammensetzung . . . . .	167
cc. Vorsitzender des Verwaltungsrates . . . . .	169
dd. Stellvertreter des Vorsitzenden . . . . .	172
ee. Beratende Teilnahme . . . . .	173
ff. Vereinbarung von Abstimmungsmehrheiten . . . . .	175
gg. Wohnsitzvereinbarung . . . . .	176
c. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung . . . . .	176
aa. Mitwirkungsrechte nach § 23 Abs. 3 GkG . . . . .	177
bb. Zur vertraglichen Zubilligung von Verwaltungsrats- mandaten . . . . .	178
cc. Beratende Teilnahme . . . . .	183
dd. Teilnahme als Sachverständige . . . . .	184
5. Kreditausschuss . . . . .	184
a. Bedeutung und Rechtsgrundlagen . . . . .	185
b. Zweckverbandskonstellationen . . . . .	186
aa. Rechtsverbindliche Vereinbarung . . . . .	186
bb. Zahlenmäßige Zusammensetzung . . . . .	187
cc. Vorsitzender des Kreditausschusses . . . . .	188
dd. Stellvertreter des Vorsitzenden . . . . .	190
ee. Beratende Teilnahme und Teilnahme als Sach- verständiger . . . . .	190
c. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung . . . . .	191
6. Vorstand . . . . .	191
a. Bedeutung und Stellung bei einer Sparkassenfusion . . . . .	192
b. Zweckverbandskonstellationen . . . . .	195
aa. Zahlenmäßige Zusammensetzung . . . . .	196
bb. Reduzierung der Mitgliederzahl . . . . .	197
cc. Reduzierung und Dienstvertragsrecht . . . . .	199
dd. Bankleiterqualifikation . . . . .	201
ee. Vorstandsvorsitzender . . . . .	202
ff. Stellvertretender Vorstandsvorsitzender . . . . .	206
gg. Dienstsitzvereinbarung . . . . .	208
hh. Genehmigungsklausel . . . . .	210
c. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung . . . . .	212
7. Beirat . . . . .	213
a. Beiräte in den Verträgen . . . . .	214
b. Grenzen und Möglichkeiten für die Vertragsgestaltung . . . . .	217

aa. Der rechtliche Hintergrund	218
bb. Die Verteilung der Organbildungskompetenz	219
cc. Organqualität eines Beirats	221
dd. Schlussfolgerungen für die Vertragsgestaltung	225
8. Besetzung der Trägerorgane	226
a. Verbandsversammlung	231
aa. Zahlenmäßige Zusammensetzung	231
bb. Versammlungsvorsitzender	233
b. Verbandsvorsteher	236
9. Name	237
a. Beibehaltung der bisherigen Firma	239
b. Fortführung der Firma der untergegangenen Sparkasse	239
c. Vereinigung von Firmen	240
d. Neufirmierung	241
10. Sitz	244
11. Arbeitsplätze	245
a. Inhalt der Verträge	246
b. Pflicht zur Aufnahme weiterer Bestimmungen	248
12. Ausgleichszahlung	249
a. Mögliche Konstellationen einer Ausgleichszahlung	249
b. Keine gesetzliche Verpflichtung zur Ausgleichszahlung	251
aa. Seitens des neuen Trägers	251
bb. Seitens der fusionsbeteiligten Sparkassen	254
c. Zulässigkeit einer vertraglichen Vereinbarung	255
aa. Zur Anwendbarkeit des § 90 Abs. 1 Satz 2 GO	256
bb. Sparkassenträgerschaft als Vermögenswert	256
cc. Inhalt der Vereinbarung	258
13. Einrichtung oder Aufstockung von Stiftungen	260
a. Inhalt der Verträge	260
b. Vorteile der »Stiftungslösung«	263
c. Sparkassenrechtliche Grenzen	266
14. Verteilung des Gewinns und der Haftung	269
a. Gewinn	269
b. Haftung	272
15. Verteilung der Gewerbesteuer	274

16. Störfallvorsorge	276
a. Salvatorische Klausel	277
aa. Erhaltungsklausel	277
bb. Ersetzungsklausel	279
b. Anpassungsklausel	279
c. Schiedsgerichtsklausel	281
d. Kündigung der Zweckverbandsmitgliedschaft	283
e. Zur Entschmelzung der Sparkasse als Folge des Ausscheidens	288
<i>Kapitel 3: Umsetzungsphase</i>	290
A. Betriebliche Umsetzung	291
B. Rechtliche Umsetzung	292
I. Der grundsätzliche Zeitrahmen	293
II. Entwurf der Vertrags- und Satzungsdokumente	294
1. Die Rolle des Sparkassen- und Giroverbandes	295
2. Struktur des Fusionsvertrags	296
III. Anhörung der Verwaltungsräte	299
IV. Mitwirkung der Personalvertretung	300
1. Anwendbarkeit des LPVG	301
2. Mitwirkungsverfahren	304
3. Folgen unterbliebener Mitwirkung	305
4. Sonstige Beteiligungsrechte	306
V. Unterrichtung der Arbeitnehmer	307
1. Anwendbarkeit des § 613a BGB	307
2. Inhalt der Unterrichtungspflicht	312
VI. Bildung einer Personalkommission	314
1. Neubildungsfusionen	314
2. Keine Anwendbarkeit des § 44 LPVG auf Aufnahme fusionen	316
3. Rechtslage in anderen Bundesländern	317
VII. Anfrage und Anzeigemaßnahmen	318
1. Anfrage an die Sparkassenaufsichtsbehörde	318
2. Anzeige der Fusionsabsicht gegenüber der BaFin	321
3. Anzeige an das Bundeskartellamt	321
VIII. Einleitung des Wahlverfahrens zur Wahl der Mitarbeitervertreter	322
IX. Zur Anwendbarkeit umwandlungsrechtlicher Verfahrensregeln	322



1.	Mögliche Konstellationen	322
2.	Stellungnahme	323
X.	Beschlüsse der Trägervertretungen	326
1.	Errichtung eines Zweckverbands	327
a.	Zustimmung zum öffentlich-rechtlichen Fusionsvertrag	327
b.	Zustimmung zur Zweckverbandssatzung	328
c.	Sparkassenrechtliche Fusionsbeschlüsse	329
d.	Übertragung der Trägerschaft	331
e.	Beschlusstechnik	331
2.	Zweckverbandsbeitritt	332
3.	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung	333
XI.	Abschluss der Vertrags- und Satzungsdokumente	333
XII.	Einholung der notwendigen Genehmigungen	335
1.	Genehmigung der Trägerkonstruktion	335
2.	Genehmigung der Anstaltsfusion	338
3.	Genehmigung der Sparkassensatzung	341
4.	Bankerlaubnis der BaFin	341
XIII.	Konstituierung der Fusionssparkasse	342
1.	Zweckverbandsebene	342
2.	Sparkassenebene	344
XIV.	Vollzugs- und Änderungsanzeigen	344
	<i>Kapitel 4: Rechtsfolgen des Zusammenschlusses</i>	345
A.	Gesamtrechtsnachfolge	345
I.	Vermögen	345
1.	Kein Fehlen der Gesetzgebungskompetenz	345
2.	Übergang des Vermögens »als Ganzes«	346
3.	Gläubiger- und sonstiger Drittinteressenschutz	348
4.	Datenschutz und Gesamtrechtsnachfolge	352
5.	Keine Aufspaltung der Gesamtrechtsnachfolge	354
II.	Arbeitnehmer	355
B.	Übergang öffentlich-rechtlicher Rechte und Pflichten	357
C.	Steuern	359

<b>3. Teil: Zwangsweise Vereinigung von Sparkassen</b> . . . . .	361
<i>Kapitel 1: Überblick über die Fusionskonstellationen</i> . . . . .	361
<i>Kapitel 2: Sparkassenauflösung und Vorrang der Sparkassenfusion</i> . . . . .	365
<b>A. Rechtslage ohne gesetzliche Fusionsvorrangregelung</b> . . . . .	367
<b>I. Charakterisierung der Auflösungsentscheidung</b> . . . . .	367
1. Sparkassenauflösung als Selbstverwaltungsentscheidung . . . . .	367
2. Auflösung und Veräußerung als Privatisierungsvorgang . . . . .	370
<b>II. Rechtliche Anforderungen an die Auflösungsentscheidung</b> . . . . .	371
1. Beachtung der Selbstverwaltungsgarantie . . . . .	372
2. Beachtung des Sozialstaatsprinzips . . . . .	373
3. Kein Umgehungsgeschäft . . . . .	373
4. Grenzen des Auflösungsermessens . . . . .	375
<b>III. Veräußerung der Vermögensbestandteile</b> . . . . .	376
1. Keine Veräußerung vor Auflösung . . . . .	376
2. Beachtung des Vergaberechts . . . . .	378
3. Kein Vorrang der Kündigung vor der Veräußerung . . . . .	378
4. Beachtung des Haushaltsrechts . . . . .	379
<b>IV. Zur wirtschaftlichen Sinnhaftigkeit einer Veräußerung</b> . . . . .	380
<b>B. Rechtslage mit gesetzlicher Fusionsvorrangregelung</b> . . . . .	381
<b>I. Keine Verhinderung der Aufgabenbeendigung</b> . . . . .	382
<b>II. Keine Umgestaltung zur Pflichtaufgabe</b> . . . . .	383
<b>III. Verwertungs- und Umschichtungsverbot</b> . . . . .	384
1. Konkretisierung der Maßnahme . . . . .	384
2. Keine Berufung auf Art. 14 GG . . . . .	386
3. Verletzung des Art. 28 Abs. 2 GG . . . . .	386
a. Eingriff in den Schutzbereich . . . . .	388
aa. Allzuständigkeitsgarantie . . . . .	389
bb. Kommunale Organisationshoheit . . . . .	390
cc. Kommunale Finanzhoheit . . . . .	391
b. Eingriffsrechtfertigung . . . . .	396
aa. Anwendbarkeit des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes . . . . .	396
bb. Verfassungswidrigkeit ohne finanziellen Ausgleich . . . . .	398
(1) Verfassungslegitimität der Regelungsziele . . . . .	398
(2) Geeignetheit und Erforderlichkeit . . . . .	400

(3) Angemessenheit . . . . .	401
(a) Sozialstaatsprinzip und Grundrechte der Kunden .	402
(b) Verbunderhalt als mittelbarer Selbstverwaltungs- schutz . . . . .	403
(c) Unzumutbarkeit einer vollständigen Höher- bewertung . . . . .	405
(d) Finanzieller Ausgleich . . . . .	407
<b>Literaturverzeichnis . . . . .</b>	<b>411</b>
<b>Sachverzeichnis . . . . .</b>	<b>445</b>